

Sachanträge

**zum Bezirksdelegiertentag 2013
am 2. und 3. November
in Nordhorn**



**BEZIRKSVERBAND
OSNABRÜCK-EMSLAND**

Antragsnummer **S01**

Antragsteller: Kreisverband Osnabrück-Stadt

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung dazu auf, schnellstmöglich Maßnahmen und Gesetzesänderungen zu vollziehen, damit Sozialleistungen, beziehungsweise die Leistungen von Hartz IV, auch weiterhin nur von deutschen Bundesbürgern in Anspruch genommen werden können.

Begründung

Das Landessozialgericht von NRW hat vor kurzem einer rumänischen Familie Hartz4 zugesprochen. Bisweilen hatten arbeitslose Einwanderer aus EU-Ländern keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Dieses muss auch weiterhin bestehen bleiben, denn sonst kommt es verstärkt zu einer Armut-/Sozialleistungsmigration aus anderen Ländern der EU nach Deutschland. Schon jetzt beträfe das Urteil 130.000 Menschen in der BRD. Wer soll und kann das finanzieren?

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S02**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern eine Bahn-Direktverbindung von der Emslandstrecke nach Osnabrück.

Begründung

Die Pendlerzahlen aus dem Emsland nach Osnabrück und zurück sind in den letzten Jahren exponentiell angestiegen. Forderung wird auch seitens der IHK gestützt. Die JU sollte hier Vorreiterstellung übernehmen und dies Offensiv bei der Landesregierung einfordern, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die grüne Seite der Landesregierung den Bahnverkehr stärken möchte.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S03**

Antragsteller: Kreisverband Grafschaft Bentheim

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Landesregierung auf, das von der Bundesregierung den Kommunen zur Verfügung gestellte Kostenübernahme für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu 100% an die zuständigen Kommunen weiterzugeben.

Antragsnummer S03

Begründung

Das Rot-Grün in Sachen Geld ziemlich klebrige Finger hat ist allgemein bekannt. Der Bund möchte mit der 100%tigen Kostenübernahme über die Länder den Kommunen bei der Auszahlung der Grundsicherung bei Altersarmut und Erwerbsminderung unterstützen. Jedoch leitet die neue Landesregierung nur 80% des Geldes an die Landkreise und kreisfreien Städte weiter. Die restlichen 20% versickern im Landeshaushalt. Dadurch entgehen den Kommunen 107 Mio Euro jährlich. Dieser Misstand muss umgehend beseitigt werden, zumal die SPD in ihrem Wahlprogramm eine größere Unterstützung der Kommunen bei Gewährung der Sozialhilfe gefordert hat.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer S04

Antragsteller: Kreisverband Osnabrück-Land

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung auf, dass für Schülerinnen und Schüler an allen Schulen die Möglichkeit geschaffen wird, ihre Abschlussklausuren bei Bedarf nach der Notenvergabe und vor der Zeugnisvergabe zusammen mit der Lehrkraft einzusehen und zu besprechen, sodass bei eventuellen Unstimmigkeiten eine nachträgliche Korrektur vor der offiziellen Zeugnisvergabe erfolgen kann.

Begründung

Aktuell gibt es in einigen Schulformen keine genauen Regelungen, sodass es für die Schulen Auslegungssache ist, ob sie ihren Schülern die Einsicht der Abschlussarbeiten gewährt. Die Einsicht der Abschlussarbeiten wird den Schülerinnen und Schülern an manchen Schulen nicht oder erst nach Jahren gewährt, da dies zu einem höheren Arbeitsaufwand führe. Die Absolventen müssen aber das Abschlusszeugnis bei allen Bewerbungen in den nächsten Jahren vorlegen. Es ist entscheidend bei der Zulassung für begehrte Studiengänge. Beim Numerus Clausus kann eine Kommastelle entscheidet sein. Höhere Transparenz schafft mehr Gerechtigkeit. Interessierten Schülerinnen und Schülern sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre gemachten Fehler zu sehen und daraus zu lernen bzw. Unstimmigkeiten direkt mit der Lehrkraft zu klären.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer S05

Antragsteller: Kreisverband Osnabrück-Stadt

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland fordert die Bundesregierung dazu auf, sich auf europäischer Ebene für eine Verstärkung der Grenzen Europas einzusetzen. Den zuständigen Organen sind weitere Kompetenzen und Möglichkeiten zu übertragen, damit illegaler Einwanderung frühzeitig entgegengewirkt werden kann. Gleichzeitig sind auch Maßnahmen zu ergreifen, so dass sich die Situation für die Menschen in den Herkunftsländern verbessert. Hierfür sind seitens Europas zusätzliche Abkommen mit den anliegenden Staaten zu vereinbaren.

Begründung

Die illegale Zuwanderung nach Europa nimmt stetig zu. Hier sind die Staaten innerhalb der Europäischen Union gefordert, neue Maßnahmen zur Außen-Grenzsicherung umzusetzen. Weitere illegale Zuwanderung wird auf Dauer die Situationen, vor allem in den Staaten (z.B.) Griechenland, Italien, Spanien und Malta deutlich verschärfen. Nicht nur in finanzieller sondern auch in gesellschaftspolitischer Sicht steht Europa vor großen Herausforderungen, welche es nur gemeinsam lösen kann. Damit sich Europa nicht aus der Verantwortung nehmen kann, sind zusätzliche Abkommen mit den umliegenden Nicht-EU-Staaten zur Verbesserung der Lebensqualitäten abzuschließen. Grenzkontrollen dürfen nicht erst an den Küsten Europas durchgeführt werden. Auch aus Sicht der Kriminalitätsbekämpfung (Beispiel: Menschenhandel) ist dieses sehr wünschenswert.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsteller: Kreisverband Lingen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung im Bereich der EU-Asylpolitik eine Vorreiterrolle einnehmen sollte. Die aktuellen Gesetze müssen reformiert werden und ein verbindlicher Verteilungsschlüssel aller EU-Mitgliedstaaten muss gefunden werden.

Begründung

Angesichts der jüngsten Flüchtlingsdramen im Mittelmeer gilt es die bestehenden Regeln zu überdenken. Es gibt aktuell keinen Verteilungsschlüssel und keine Verpflichtung, Flüchtlinge aus den EU-Nachbarländern aufzunehmen. Zunächst gilt immer noch, dass das Land, in dem die Flüchtlinge ankommen auch für das Asylverfahren zuständig ist.

Deutschland hat mit über 77.000 Asylbewerbern im letzten Jahr bereits einen großen Teil aufgenommen. Eine gerechte und für alle Mitgliedsstaaten verantwortbare Lösung gibt es aber aktuell nicht. Dramatischer Beleg ist die Insel Lampedusa.

Auf der Insel mit ca. 6000 Einwohnern gibt es aufgrund der geographischen Lage 10.000 Flüchtlinge. Durch moderne Gesetze könnten diese 10.000 Flüchtlinge unter 507 Millionen Europäern innerhalb der 28 Mitgliedsstaaten gerecht verteilt werden.

Antragsnummer **S06**

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S07**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern, dass die Landesregierung von der Neueinrichtung von Bezirksregierung absieht.

Begründung

Die neuen Landesfürsten werden nicht benötigt. Personalien sind schon verteilt, dabei gibt es keine Aufgaben, die diese Personen erfüllen könnten. Es ist also, typisch sozialdemokratisch, eine reine Verschwendung von Steuergeldern. Absolut ineffizient und der Bevölkerung schadend. Subsidiarität wird hier völlig außer Acht gelassen.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S08**

Antragsteller: Kreisverband Grafschaft Bentheim

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich gegen die Einführung von Landesbeauftragten in Niedersachsen aus.

Begründung

Die rot-grüne Landesregierung plant derzeit die Einführung von vier Landesbeauftragten in Niedersachsen. Dies wäre ein Schritt zurück in die Vergangenheit. Die CDU/FDP Regierung hat erfolgreich die Bezirksregierungen in Niedersachsen abgeschafft und die Verwaltungsstruktur verschlankt. Die neue Landesregierung ist derzeit dabei dieser Politik den Rücken zu kehren und schafft überall viele neue Stellen. Dabei ist im Falle der Landesbeauftragten noch nicht einmal klar, was die genauen Aufgaben sein sollen.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S09**

Antragsteller: Kreisverband Lingen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland kritisiert die niedersächsische Landesregierung mit ihrem Vorschlag zur Einführung von vier Regionalbeauftragten. Diese zusätzlichen hochbesoldeten Stellen sind überflüssig und kosten dem Steuerzahler viel Geld.

Antragsnummer **S09**

Begründung

Die rot-grüne Landesregierung plant die Einführung von vier Regionalbeauftragten, die ihren Sitz in Hildesheim, Braunschweig, Oldenburg und Lüneburg haben. Diese sollen Akteure vor Ort und an die Stabstelle der Staatskanzlei in Hannover sein.

Es scheint jedoch fraglich, warum diese vier „Fürsten“ neu nach den alten Bezirksregierungsgebieten geschaffen werden. Das konkrete Aufgabenprofil ist noch nicht mal festgelegt. Eins ist aber jetzt schon sicher. Diese Stellen werden eine hohe Besoldungsstufe haben und da sie neu geschaffen werden, kosten sie entsprechend Geld vom Steuerzahler.

Die Junge Union Osnabrück-Emsland sieht in diesen der rot-grünen Landesregierung nur eine Möglichkeit um die Staatskanzlei unnötig mit Posten aufzublähen. Weiterhin muss man das Land als Ganzes sehen. Es ist fragwürdig, ob gerade mal „vier“ Landesbeauftragte wirklich den Kontakt vor Ort hinbekommen werden. Dies scheint äußerst fragwürdig.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S10**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern eine Vereinfachung der Delegiertenstufen zur Aufstellung von Landeslisten bei der CDU, so dass nicht der Bezirk Delegierte für das Landeslistengremium wählt, sondern die Kreisverbände direkt.

Begründung

Für die Aufstellung der Landeslisten der CDU werden Delegierte benötigt. Diese werden wiederum von Delegierten auf dem Bezirksparteitag gewählt. Diese Delegierten werden ggf. wieder von Delegierten/oder in Urwahl vom Kreisverband gewählt. Diese mehrfachen Stufen von Delegierten entnerven die Basis und führen zu Politikverdrossenheit. Die regionalen Proportionen werden auch bei Wahl von Delegierten auf Kreisebene gewahrt.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S11**

Antragsteller: Kreisverband Grafschaft Bentheim

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich gegen Verkürzungen und Einschränkungen der niedersächsischen Jagdzeiten auf Gänse aus .

Antragsnummer **S11**

Begründung

Der Grüne Landwirtschaftsminister Meyer plant derzeit verschiedene Einschränkungen der Gänsejagd in Niedersachsen. Dabei hat er bislang noch kein Beteiligungsverfahren durchgeführt, sodass viele verschiedene Vereinigungen und Interessengruppen noch gar nicht gehört wurden.

Klar gegen eine Einschränkung der Gänsejagd sprechen auch die Erfahrungen aus Belgien und den Niederlanden. Nach einem totalen Jagdverbot auf Gänse sind dort die Populationszahlen so enorm gestiegen, dass dort mittlerweile Gänse mit Giftspritzen oder Gas getötet werden. Dies erfüllt keinen Anspruch an nachhaltige Naturschutzpolitik. Die Zahl der Gänse kann besser durch die Jagd reguliert werden, sodass die Gänse in den Kochtöpfen heimischer Jäger landen als dass sie zu tausenden vergast werden und in der Entsorgung landen.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S12**

Antragsteller: Kreisverband Lingen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Der JU-Bezirksverband Osnabrück-Emsland kritisiert die niedersächsische Landregierung mit Ihrer Kürzung der Förderung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum von einer Million auf 400 000 Euro zu reduzieren. Das Förderprogramm muss in seiner vollen Höhe bestehen bleiben.

Begründung

Dem drohenden Ärztemangel auf dem Land müsse weiterhin entgegengewirkt werden. Mit den bisherigen Mitteln von einer Million Euro habe man nur etwa 20 Praxen fördern können. Deshalb darf man ein Förderprogramm nicht streichen, sondern muss es weiterhin erhalten, damit der Beruf des Landarztes weitere an Interesse bei den Allgemeinmedizineren erhält. Gerade für junge Ärzte gibt es kaum Anreizmöglichkeiten, um eine Praxis auf dem Land zu übernehmen oder zu gründen. Hier bedarf es weiterer Werbung und auf Information für die Ärztepraxen, damit diese ihre Chancen erkennen können.

**Votum der
Antragskommission:** Annahme

Antragsnummer **S13**

Antragsteller: Kreisverband Grafschaft Bentheim

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Die Junge Union Osnabrück-Emsland spricht sich gegen die geplante Kürzung der Niederlassungsförderung für Ärzte aus.

Antragsnummer **S13**

Begründung

Obwohl die Ansiedlung von Ärzten in ländlichen Gebieten ein immer größeres Problem wird, will die neue Landesregierung die Niederlassungsförderung von bisher eine Million auf nur noch 400.000 Euro zusammen streichen.

Dies ist der falsche Weg um Ärzte aufs Land zu locken. Dies insbesondere vor dem Hintergrund dass in den kommenden zwölf Jahren in Niedersachsen allein 100 Hausärzte in den Ruhestand gehen werden.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S14**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern eine Beschleunigung des Verfahrens zum Bau der B402 – E233. Keine faulen Kompromisse, direkt vierspurig! Und so schnell wie möglich anfangen.

Begründung

Die B402 – E233 ist überlebenswichtig für die Zukunftsfähigkeit von Westniedersachsen. Der Verkehr nimmt durch die Globalisierung exponentiell zu. Hierzu müssen wir endlich bürokratische Hürden überwinden und mit dem Bau beginnen.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S15**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Falls die Grafschaft wieder einen Antrag zur Umbenennung des Bezirks stellt, stellen wir hiermit den Antrag der Namensänderung des Bezirksverbandes Osnabrück-Emsland der Jungen Union in den Namen Bezirksverband Meppen.

Begründung

Meppen ist eine wunderschöne, zentral gelegene Stadt im Herzen des Bezirksverbandes. Viel schöner als Nordhorn. Außerdem haben wir einen Bahnhof, mit dem man Meppen sehr gut erreichen kann :P. Ihr nicht. Haha.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S16**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Antragsnummer **S16**

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern eine Beschleunigung der Erstellung einer Möglichkeit der Bevorzugung von Studenten beim Medizinstudienplatz, sofern Sie sich zur Niederlassung im ländlichen Raum für eine Mindestzeit verpflichten.

Begründung

Siehe Leitantrag des letzten Jahres. Hier muss erneut auf das Problem aufmerksam gemacht werden. Vergleiche hierzu die akuter gewordenen Probleme, z.B. in Sögel etc.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S17**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern eine Abkehr von allgemeinen Sperrstundenregelungen in Innenstädten ohne ganzheitliches Konzept inklusive Regelungen zur Polizeipräsenz etc., da Kriminalität dadurch nur zeitlich verschoben und nicht verhindert wird.

Begründung

In Städten der Größe wie Meppen gibt es häufig eine einfache Sperrstundenregelung ohne Konzept dahinter, die dazu führt, dass zum Beginn der Sperrstunde sich die Gewalt potenziell massiv verdichtet. Probleme mit Taxen etc. sind die Folge. Hier fehlt ein ganzheitliches Konzept im Hintergrund. Die Lokalpolitik soll aufhören, Symbolpolitik zu betreiben sondern sich endlich um die Ursachen kümmern.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S18**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern ein Umdenken in der CDU weg von 8-jährigen Amtszeiten für hauptamtliche Verwaltungsbeamte und eine Änderung hin zur normalen Kommunalwahlperiode von 5 Jahren.

Begründung

Ggf. mündlich

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S19**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

(Unter Vorbehalt) Falls Lingen wieder die meisten Rechtschreibfehler im Leitantrag korrigieren möchte fordern wir, dass dem Kreisverband Lingen in Zukunft ein Monopol auf die Änderung von Rechtschreibfehlern in Leitanträgen für Bezirksdelegiertentage gewährt wird.

Begründung

Motivation soll belohnt werden! Außerdem erspart dies die Suche nach Rechtschreibfehlern in anderen Verbänden.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S20**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Wir fordern, dass die Landes- und Bundesregierung die Investitionen in den Ausbau der Handy- und Breitbandnetze insbesondere im ländlichen Raum massiv ausbaut.

Begründung

Deutschland belegt im Ranking des aktuellen Status des Breitbandausbaus Platz 40 weltweit. Dies ist inakzeptabel. Das Internet ist eine wichtige Basis für eine wertschöpfende Industrie, unser Rückrat, in der Zukunft. Ohne Internet, das gewiss KEIN Neuland mehr für uns ist, haben wir KEINE rosige Zukunft.

**Votum der
Antragskommission:**

Antragsnummer **S21**

Antragsteller: Kreisverband Meppen

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Der Bezirksverband Osnabrück-Emsland erklärt Ronald Pofalla für beendet.

Begründung

Ronald Pofalla hat die NSA-Affäre völlig falsch eingeschätzt. Falsche Einschätzungen führen häufig zum vollsten Vertrauen der Kanzlerin. Um dieser zuvorzukommen fordern wir die o.g. Erklärung.

**Votum der
Antragskommission:**

Der Bezirksdelegiertentag 2013 möge beschließen:

Der JU-Bezirksverband Osnabrück-Emsland spricht sich für die Beibehaltung des Abiturs nach 12 Jahren (G8) an den niedersächsischen allgemeinbildenden Gymnasien aus. Weiterhin sollen die Rahmenlehrpläne und Curricula auf Sinnhaftigkeit überprüft und der verkürzten Schulzeit angepasst werden. Diese Meinung wird der JU-Bezirksverband auch „mit starker Stimme“ im JU- und CDU-Landesverband vertreten!

Begründung

Die aktuellen Diskussionen um das sog. „Turbo-Abi“ an den niedersächsischen Gymnasien sind nicht zielführend. Die niedersächsische Landesregierung bezieht aktuell keine klare Position und die FDP will ein Wahlrecht für die Schüler einführen. Die CDU muss sich klar positionieren und sich weiterhin für das Abitur nach 12 Jahren aussprechen. Dies ist vor allem aus volkswirtschaftlicher und aus Sicht der demographischen Entwicklung sinnvoll, da Abiturienten schneller in das Berufsleben einsteigen. Der Fachkräftemangel kann dadurch bekämpft werden, die Sozialsysteme werden gestärkt und die Wettbewerbssituation im internationalen Vergleich wird gestärkt, denn fast alle europäischen Staaten vergeben das Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss nach 12 Jahren. Die Möglichkeit das Abitur nach 13 Jahren zu erreichen besteht zudem auf der Gesamtschule und den beruflichen Gymnasien. Die Wahlmöglichkeiten sind also durchaus schon gegeben.

Votum der

Antragskommission: